

Hilde Mattheis Dierk Hirschel

#machtsozialdemokratiemöglich

Wir kandidieren für den Parteivorsitz der SPD

Liebe Genossinnen liebe Genossen,

wir, Hilde Mattheis und Dierk Hirschel, kandidieren für den Parteivorsitz, weil es kein „weiter so“ geben darf, sondern einer radikalen Abkehr vom bisherigen Kurs bedarf. Wir wollen mehr demokratischen Sozialismus wagen. Wir möchten uns wieder vorstellen können, dass unsere Partei, die SPD, eine starke politische Kraft in diesem Land ist, der zugetraut wird, Zukunftsfragen zu lösen. Zukunftsfragen, die nicht abstrakt, sondern die für den Großteil der Bevölkerung existenziell sind:

Kann ich für mich und meine Familie gut sorgen?

Haben wir eine bezahlbare Wohnung?

Bin ich im Alter ausreichend abgesichert?

Wachsen meine Kinder in der Zuversicht auf, dass ihre Zukunft nicht unsicher, sondern voller Perspektiven und Möglichkeiten ist?

Das sind einige davon.

Diese Partei waren wir einmal. Heute kann sich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung vorstellen, dass wir diese Antworten für die Mehrheit der Bevölkerung geben können. Die SPD hat in den Regierungsjahren ihren Kompass und damit ihre Glaubwürdigkeit verloren und sich weit von ihrem eigenen Anspruch entfernt, die Partei für soziale Gerechtigkeit zu sein. Zudem gibt es bei vielen Menschen in unserem Land ein Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber Staat und Wirtschaft.

Die Diagnose: Warum liegt die SPD auf der Intensivstation?

Die SPD hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine Politik des Sozialabbaus mitgemacht oder selbst betrieben. Sozialdemokrat*innen haben die Verhandlungsmacht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften geschwächt. Deswegen ist die SPD heute nicht mehr der natürliche Anwalt der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten. Nicht einmal jede*r Dritte traut der alten Partei der Arbeit in Gerechtigkeitsfragen noch etwas zu.

Die schwere Krise der Sozialdemokratie wurzelt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Schröder-Regierung. Die politische Förderung schlecht entlohnter und unsicherer Arbeit, Hartz IV und die Rentenkürzungen verletzen das Gerechtigkeitsempfinden vieler ehemaliger Stammwähler*innen.

Keine SPD-Vorsitzende und kein SPD-Chef der Nach-Schröder-Ära waren wirklich bereit, mit der Agenda-Politik zu brechen, sich für die gemachten Fehler öffentlich zu entschuldigen und einen grundlegenden politischen Kurswechsel einzuleiten.

Weder die erfolgreiche sozialdemokratische Anti-Krisenpolitik 2008, noch die inhaltliche Neuaufstellung 2013, noch die soziale Handschrift der letzten großen Koalitionen – Mindestlohn, Rente mit 63, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit

und Werkverträgen, etc. – konnten das verlorene Vertrauen zurückgewinnen. Heute werden wir immer wieder von der eigenen Vergangenheit eingeholt. Da wir seit 1998 bis auf eine kurze Auszeit (2009 bis 2013) mitregieren, hat die SPD viele soziale Missstände, die sie heute anprangert (Pflegernotstand, Wohnungsnot, Lehrer*innenmangel, Investitionsstau, etc.) selbst zu verantworten. Wenn sich das künftig ändern soll, braucht die Partei einen inhaltlichen und personellen Neuanfang.

Für welche Politik stehen wir?

Partei der Arbeit

Die wichtigste Aufgabe einer sozialdemokratischen Partei ist die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Das war und ist die DNA des sozialdemokratischen Reformismus. Deswegen sollten Sozialdemokraten konsequent für sichere, gesunde und tariflich entlohnte Arbeit – gute Arbeit – streiten.

Das bedeutet konkret:

- Politische Stärkung des Tarifsystems (erleichterte Allgemeinverbindlichkeit)
- Mindestlohn von mindestens 12 Euro
- Eindämmung von Mini-Jobs, Leiharbeit und Werkverträgen
- Keine sachgrundlosen Befristungen
- Hartz IV abschaffen
- Soziale Berufe aufwerten



Ferner muss die SPD fortschrittliche Antworten auf den Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung, neue Geschlechterrollen, demographischen Wandel und Migration geben. Hier geht es u.a. um die Aufwertung von Dienstleistungsarbeit, Arbeitszeitsouveränität und Arbeitszeitverkürzung, Qualifizierung und Humanisierung der Arbeit.

Moderner Sozialstaat

Ein moderner Sozialstaat schafft die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit.

Der deutsche Sozialstaat muss in den nächsten Jahren ausgebaut werden. Deutschland steht im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Bildungswesen, beim Wohnungsbau, bei Digitalisierung, bei Energie und Verkehr vor großen Herausforderungen.

Ein moderner Sozialstaat braucht aber auch soziale Sicherungssysteme, die Armut vermeiden und eine Lebensstandardsicherung gewährleisten.

Das bedeutet:

- **Es muss wieder eine armutsfeste und lebensstandardsichernde gesetzliche Rente garantiert sein.**
- **Im Pflegesektor und in der Gesundheitsversorgung müssen wir die zunehmende Privatisierung stoppen. Pflege und Gesundheit sind keine Ware.**
- **Gute medizinische und pflegerische Versorgungsangebote müssen für alle solidarisch von allen finanziert und ausgebaut sein.**
- **Wir müssen den öffentlichen Sektor ausweiten und brauchen mehr Personal bei Bildung, Gesundheit, Pflege, Verwaltung und ÖPNV.**
- **Wir brauchen mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Verkehr, Energie, Klimaschutz, sozialen Wohnungsbau und Digitalisierung.**

Wer die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge auskömmlich finanzieren will, kann entweder Schulden machen oder Steuern erhöhen.

Wir halten die Schuldenbremse und die Schwarze Null für falsch und nicht vertretbar. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit und die Menschen mit den höchsten Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker an der Finanzierung staatlicher Aufgaben und gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen beteiligen.

Sozial-ökologischer Umbau

Die Umweltfrage hat für die Menschheit inzwischen eine existentielle Bedeutung erreicht. Die fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss gestoppt werden. Die selbst gesteckten Klimaziele dürfen nicht mehr verfehlt werden. Der notwendige ökologische Umbau kann aber nur gelingen, wenn die betroffenen Menschen mitgenommen werden. Wir müssen Umwelt, Arbeit und soziale Sicherheit miteinander verbinden.

Das bedeutet:

- **Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss wieder vorangetrieben werden. Der Deckel für Wind- und Solarenergie muss weg.**
- **Wir brauchen einen massiven Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.**
- **Eine Verteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs (CO2-Steuer) muss für Gering- und Normalverdiener sozial ausgeglichen werden. Der soziale Ausgleich sollte über Steuererleichterungen, Transfers sowie einen Ausbau der Daseinsvorsorge erfolgen.**
- **Die Finanzierung der Klimaschutzinvestitionen sollte über eine Vermögensabgabe erfolgen.**

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

In der Partei Kautskys, Bernsteins, Hilferdings und Schillers gab es in diesem Jahrtausend keine einzige ernstzunehmende wirtschaftspolitische Debatte mehr. Fast zwangsläufig orientiert sich die SPD am ökonomischen Mainstream und greift in dessen angebots- und ordnungspolitische Mottenkiste.

Die SPD sollte wieder eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die auf Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit abzielt. Das bedeutet zunächst mehr Keynes und weniger Erhard. Der SPD fehlt eine gesamtwirtschaftliche Sicht auf die Volkswirtschaft. Dies muss sich zukünftig ändern.

Das bedeutet:

- **Die Finanzpolitik muss in die Zukunft investieren und wirtschaftliche Schwankungen ausgleichen.**
- **Eine Finanzpolitik der schwarzen Null und Schuldenbremsen verhindert die notwendigen Zukunftsinvestitionen. Deswegen müssen wir uns davon verabschieden.**
- **Eine umverteilende Steuerpolitik kann die staatliche Einnahmehasis stärken. Große Einkommen und Vermögen müssen stärker belastet werden.**
- **Wir brauchen eine gesamtwirtschaftliche Steuerung der Nachfrage durch Finanz-, Geld- und Lohnpolitik.**
- **Wir brauchen mehr Wirtschaftsdemokratie. Die Mitbestimmung muss ausgebaut werden.**

Austausch und Vernetzung

Wir waren auch die Partei von der sich maßgebliche Organisationen im sozial-ökologischen und im weitesten Sinne kulturellen Bereichen vertreten fühlten. Das sind wir längst nicht mehr.

Wir müssen den Dialog wieder aufnehmen bzw. stärken. Unsere Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Die zunehmende Einflussnahme von Lobbyisten der Wirtschaft und des Kapitals gefährden unsere Demokratie.

Wir sehen jeden Tag in unserem Land, wie viele Menschen sich für eine gerechtere Welt engagieren. Tausende streiken freitags für das Klima, versammeln sich bei #Unenteilbar, fordern artgerechte Landwirtschaft und niedrigere Mieten. Tausende demonstrieren gegen Ausgrenzung und Rassismus. Der Hunger nach Gerechtigkeit ist in dieser Gesellschaft so stark wie nie zuvor. Wir müssen wieder die Partei sein, die dieses Bedürfnis nach einer gerechten Gesellschaft stillt und fest in der Zivilgesellschaft verankert ist.

Strukturreform und Gremien

Wir brauchen mehr Möglichkeiten der Basisbeteiligung. Es muss darum gehen, tatsächlich um bessere Entscheidungen zu ringen und nicht schon im Vorfeld Entscheidungen hinter verschlossener Türe auszuhandeln.

Wir müssen dazu auch unsere Parteistrukturen reformieren, sodass wir unsere Mitglieder stärker als bisher am Parteileben und an Entscheidungen teilhaben lassen. Dafür sind ein Mitgliederentscheid für den Parteivorsitz sowie die Einführung einer quotierten Doppelspitze sehr gute Schritte in die richtige Richtung.

Wir dürfen hier nicht stehen bleiben. Unsere Parteitage sind derzeit zu häufig keine echten Debattenforen, in denen die Initiativen der Ortsvereine, Bezirke und Landesverbände diskutiert werden, stattdessen werden Leitanträge Top-Down abgestimmt. Anträge und Initiativen der Basis müssen Vorrang haben und ungeschriebene Privilegien wie eine fehlende Antragsfrist für Anträge aus den Vorständen oder längere Redezeiten für Spitzenpersonal abgeschafft werden. Sowohl auf Parteitagen als auch dazwischen sollten die Möglichkeiten zum Austausch und zur Abstimmung über Onlineforen und -voten genutzt werden.

Inhaltliche Themenforen sollten wir auch zwischen den Parteitagen für alle Mitglieder anbieten, um unsere Positionen weiterentwickeln zu können.

Und wir müssen dringend die geografischen Strukturunterschiede in unserer Partei angehen. Wir dürfen für uns strukturschwache Regionen wie den Osten und Süden Deutschlands nicht kampflos aufgeben. Mit einem gezielten Förderprogramm für diese Regionen müssen wir Strukturen erhalten und neu beleben.

Im Führungsgremium der Bundespartei dürfen nur maximal 50 % Mandatsträger*innen und ihre Mitarbeiter*innen vertreten sein. Mindestens 50 % der Mitglieder müssen direkt aus den Kreisverbänden/Unterbezirken und Ortsvereinen/Abteilungen entsendet werden.

Die Arbeitsgemeinschaften müssen wieder besser unterstützt und in die Gremienarbeit eingebunden werden. Die Flügel der Partei müssen inhaltliche Impulsgeber sein, nicht Personalschmiede der Gesamtpartei.

Wir bitten um eure Unterstützung

Lasst uns nicht mehr im Zickzack um die Wähler*innen buhlen und zurückschrecken, wenn auf der Titelseite großer Zeitungen ein kritischer Leitartikel steht oder in den sozialen Medien hart diskutiert wird. Wir haben nicht mehr viele Chancen wieder Wind unter die Flügel zu bekommen.

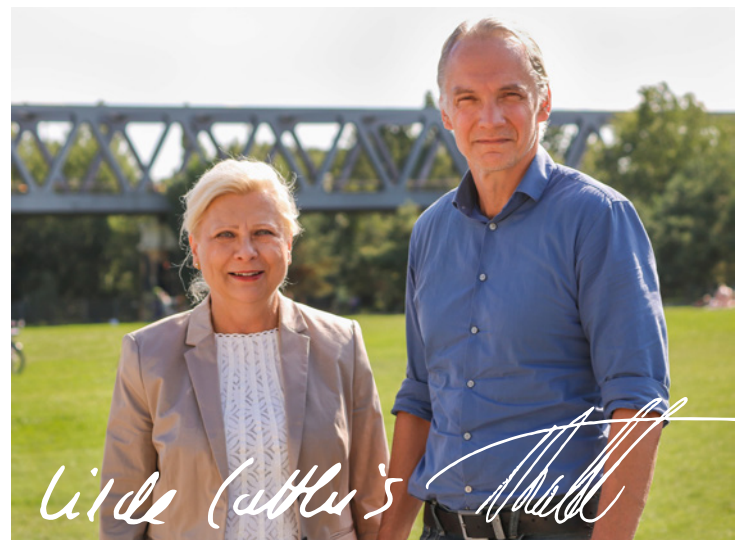
Dieses Jahr ist entscheidend. Wir dürfen uns nicht für ein „weiter so“ entscheiden.

Wir müssen 100% SPD vermitteln.

Unterstützt uns, gebt Anregungen. Nutzt unsere Angebote des Mitmachens.

#machtSozialdemokratiemöglich

Mit solidarischen und freundschaftlichen Grüßen



Ihr erreicht uns hier

info@mattheishirschel.de
und auf Facebook und Twitter

Zum Mitmachen und Unterstützen besucht uns auf www.mattheishirschel.de

Hilde Mattheis

**Seit 2002 Bundestagsabgeordnete
im Ausschuss für Gesundheit und Pflege**

1954 in Finnentrop im Sauerland geboren
verheiratet, 2 erwachsene Kinder, 2 Enkelkinder

Ausbildung und Beruf

- 1974 | Abitur
- 1977 | 1. Staatsexamen als Grund- und Hauptschullehrerin
- 1979 | 2. Staatsexamen und an verschiedenen Hauptschulen in Esslingen und Ulm tätig u.a. auch als Konrektorin
- 1994 - 98 | beurlaubt und als wissenschaftliche Mitarbeiterin eines SPD Bundestagsabgeordneten tätig
- Bis 2002 | wieder als Hauptschullehrerin tätig

Politischer Werdegang

- 1986 | Eintritt in die SPD
- 1992 - 96 | Vorsitzende der ASF Ulm
- 1999 - 07 | Landesvorsitzende der ASF Baden-Württemberg
- 2000 - 05 | Vorsitzende des SPD-Kreisverbands Ulm
- 1997 - 18 | stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg
- 2005 - 13 | Mitglied des SPD-Parteivorstandes
- Seit 2011 | Vorsitzende des Forums Demokratische Linke 21 (DL21)



Dierk Hirschel

**Ver.di Bundesverwaltung
Bereichsleiter Wirtschaftspolitik**

1970 in Nürnberg geboren
drei Kinder

Ausbildung

- 1989 - 92 | Ausbildung und Berufstätigkeit als Tischler
- 1993 - 99 | Studium der Volkswirtschaftslehre in Hamburg und Bremen
- 2000 - 03 | erfolgreiche Promotion an der Universität Lüneburg

Beruflicher Werdegang

- 2003 - 10 | Chefökonom des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
- Seit 2010 | Chefökonom der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di)

Politischer Werdegang

- 1989 - 94 | Vorsitzender Jusos Nürnberg
- 1994 - 00 | stellvertretender Landesvorsitzender Jusos Hamburg
- 2000 - 02 | Mitglied im SPD-Kreisvorstand Hamburg Nord
- Seit 2012 | Mitglied der SPD-Grundwertekommission

